

Antwort von Tabea Rößner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (per Mail)

Sehr geehrter Herr Piro,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 11. Juni 2021 zur Post- und Paketbranche. Die Arbeit der Postangestellten ist nicht hoch genug wertzuschätzen. Auch sie haben in der Coronazeit ein Vielfaches geleistet. Und ich stimme Ihnen zu, dass sich die Post sozial und ökologisch neu ausrichten sollte.

Wir haben in meiner Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zwar schon darüber nachgedacht, ob der Bund die Postanteile verkaufen sollte, haben allerdings noch keine Einigung erzielt, so dass wir bis jetzt weiterhin dafür sind, die Anteile zu halten.

Wir fordern allerdings von der Bundesregierung die Regelung zum Gewinnzuschlag in der Post-Entgeltregulierungsverordnung so zu gestalten, dass zur Berechnung des Gewinnzuschlags nicht der Vergleich zu ausländischen Post-Unternehmen, insbesondere zu monopolistischen Unternehmen herangezogen wird. Vielmehr sollte der Gewinnzuschlag anhand des unternehmerischen Risikos ermittelt werden, wie es vor Inkrafttreten der Verordnung zur ersten Änderung der Post-Entgeltregulierungsverordnung im Jahr 2015 der Fall war. So kann unserer Auffassung nach die Erhöhung des Portos der Deutschen Post AG begrenzt werden, um Verbraucherinnen und Verbraucher zu entlasten.

Der Universaldienst muss aufrecht erhalten werden, so dass auch Menschen auf einsamen Höfen auf dem Land ihre Post sicher und pünktlich erhalten. Angesichts der stark steigenden Zahl von Kundenbeschwerden ist es ein völlig falsches Signal an die Verbraucher:innen, die Zustellung von Briefen und Paketen auf fünf Tage pro Woche zu verkürzen.

Mir geht es um eine Stärkung des Tarifsystems und um eine anständige Bezahlung, gute Arbeit und fairen Wettbewerb. Trotz der vielfältigen sozialen und ökonomischen Vorteile von Tarifverträgen ist die Tarifbindung seit Jahren rückläufig. Das will ich zusammen mit meiner Partei ändern. Wir schlagen ein umfangreiches Programm zur Stärkung der Tarifbindung vor und wollen wir es erleichtern, Tarifverträge branchenweit für verbindlich zu erklären. Dafür wollen wir die Tarifkommission reformieren. Zudem wollen wir eine Bundestariftreuegesetz einführen, welches sicherstellt, dass öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen gehen, die mindestens in Höhe der einschlägigen Tariflöhne bezahlen. Gewerkschaftsbeiträge sollen steuerlich besser absetzbar sein, um die Mitgliedschaft attraktiver zu machen.

Mir ist es wichtig, den Mindestlohn sofort auf 12€ pro Stunde zu erhöhen. Zudem sollen die Entscheidungsprozesse der Mindestlohnkommission so ausgestaltet werden, dass der gesetzliche Mindestlohn auch in Zukunft wirkungsvoll gegen Armut schützen kann.

Die so genannte sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen ist ein langjähriges politisches Streitthema. Ich bin der Auffassung, dass die sachgrundlose Befristung unnötig ist und die Spaltung des Arbeitsmarktes verschärft. Darum setze ich mich zusammen mit Fraktion und Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine Abschaffung der Befristung ohne Grund ein.

Die sachgrundlose Befristung wird von interessierter Seite gern als unverzichtbar deklariert, da Unternehmen flexible Möglichkeiten der Beschäftigung benötigen, um auf wirtschaftliche Veränderungen zu reagieren. Diese Auffassung teile ich nicht. Zum einen gibt es eine Liste von rechtlich zulässigen Sachgründen für Befristungen – darunter vorübergehender betrieblicher Bedarf, Vertretungsnotwendigkeiten oder Haushaltsgründe. Zum anderen gibt es die Möglichkeit einer bis zu sechsmonatigen Probezeit und zur Not auch die Möglichkeit von Leiharbeit, die dann allerdings ordentlich bezahlt sein muss. Wir wollen auch, dass Befristung während der ersten Jahre einer Existenzgründung möglich bleibt. Kurzum, es gibt ausreichend Möglichkeiten für bedarfsgerechte Beschäftigung.

Die Folgen von sachgrundloser Befristung tragen allein die davon betroffenen Beschäftigten. Sie haben nur eine sehr eingeschränkte zeitliche Arbeitsperspektive. Sie müssen immer damit rechnen bei Fehlern, Problemen mit Kollegen oder Vorgesetzten oder auch nur allgemein negativen wirtschaftlichen Entwicklungen in wenigen Monaten auf der Straße zu stehen. Dass sie ihre Arbeitnehmerrechte einfordern, dürfte unter diesen Bedingungen kaum realistisch sein. Langfristige Planungen, Kreditaufnahme, Familiengründung sind damit schwierig. Sachgrundlose Befristungen gehört damit zu den äußerst prekären Beschäftigungsformen unseres Arbeitsmarktes.

Darum wird es Zeit, dass die nächste Bundesregierung endlich handelt und die Befristungen ohne Sachgrund abschafft.

Ich hoffe, Ihre Fragen ausreichend beantwortet zu haben.

Herzliche Grüße

Tabea Rößner